

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Stadtrat führte seine Sitzung am Dienstag, dem 25.07.2023, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:04 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz
Werner, Torsten

Bürgermeister
Schulz, Nico

Stimmberechtigte Mitglieder
Brehmer, Stefan
Emanuel, Ina
Emanuel, Jürgen
Engel, Sven
Handtke, Michael
Janas, Horst
Lenz, Matthias
Matz, Dirk
Matzat, Sandra
Moser, Rainer
Riedner, Bernd
Rieger, Fabian
Riemann, Dirk

Ortsbürgermeisterin
Klooß, Christine

Verwaltungsangehörige
Müller, Anke
Schliecker, Birgit

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder
Fritze, Mathias
Gose, Klaus-Peter
Guse, Horst-Dieter
Müller, Matthias
Schulz, Thorsten
Tramp, Wolfgang

Gäste
Altmark-Zeitung
Osterburger Volksstimme

Bestätigte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung des Stadtrates 27.06.2023
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: III/2023/492
6. Beschluss über die Erweiterung des Stellenplans
Vorlage: III/2023/494
7. Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung des Landkreises Stendal 2022 bis 2027
Vorlage: III/2023/493
8. Informationen des Bürgermeisters
9. Anfragen und Anregungen

Protokoll:**Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 14 Stadträte und der Bürgermeister anwesend.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt es nicht. Sie wird – wie vorliegend – festgestellt.

3. **Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der letzten Sitzung des Stadtrates 27.06.2023**

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 27.06.2023 wird ohne Änderungen mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Frau Klooß, Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Walsleben, weist darauf hin, dass die Kehrmaschine in ihrer Ortschaft nicht ordentlich kehren konnte, da parkende Autos ein ungehindertes Durchfahren verhinderten. Sie regt an, dass die Termine für die maschinelle Straßenreinigung veröffentlicht werden, beispielsweise im Amtsblatt und/oder der Presse sowie in den Schaukästen der Ortschaft.

Des Weiteren bittet Frau Klooß um Auskunft zum Stand des Radewegebbaus. Der Bürgermeister antwortet, dass es in Bezug auf die Uchtebrücke noch keine neuen Erkenntnisse gäbe. Er werde Frau Klooß im Nachgang der Sitzung informieren.

Weitere Einwohnerfragen gibt es nicht. Der Vorsitzende schließt die Einwohnerfragestunde.

5. Beratung und Beschlussfassung über die 1. Änderung der Hauptsatzung Vorlage: III/2023/492

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Bürgermeister und bittet um Erläuterung des Sachverhaltes.

Der Bürgermeister erklärt die Thematik nochmals eingehend. Wie vom Landesverwaltungsamt und der Kommunalaufsicht des Landkreises Stendal empfohlen, werden die Regelungen zur Bekanntmachung nun in die Hauptsatzung aufgenommen.

Seitens der Ratsmitglieder gibt es zum Sachverhalt keine Rückfragen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage wie folgt abstimmen:

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt die als Anlage zu diesem Beschluss beigefügte 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark).

ungeändert beschlossen

Ja 15

Nein 0

Enthaltung 0

Befangen 0

6. Beschluss über die Erweiterung des Stellenplans Vorlage: III/2023/494

Der Bürgermeister führt in die Thematik ein. Er verweist darauf, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden müsse, wenn es um personenbezogene Daten einzelner Mitarbeiter geht.

Herr Schulz informiert, dass eine Mitarbeiterin in einem sehr verantwortungsvollen Bereich langfristig erkrankt sei und erklärt habe, dass sie auch weiterhin noch eine

lange Zeit ausfallen werde. Es ist unerlässlich, dass diese Stelle nun nachbesetzt werden muss. Es erfolgte eine interne Stellenausschreibung, die auch erfolgreich war. Jedoch muss durch diese Umsetzung an anderer Stelle eine Nachbesetzung erfolgen. Auch diese Stelle wird zunächst intern ausgeschrieben. Letztlich wird jedoch eine externe Stellenausschreibung vonnöten sein, um die Langzeiterkrankung der Mitarbeiterin zu kompensieren.

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt, um detaillierte Informationen zu geben.

Nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt wird, fragt Herr Riedner, ob die jetzt neu geschaffenen Stellen dauerhaft im Stellenplan verbleiben werden. Frau Müller verneint dies, die Stellen werden mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) versehen. In dem Zeitpunkt, in dem Mitarbeiter/innen altersbedingt ausscheiden, fallen die neu geschaffenen Stellen dann weg. Im Jahr 2025 werden Personalabgänge zu verzeichnen sein.

Herr Handtke verweist auf die Situation im Bauamt, in dem derzeit viele Anträge auf Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen vorliegen. Die Antragsbearbeitung ist sehr zeitaufwendig und er befürchte, dass die Anträge zeitnah nicht bearbeitet werden können. Entsprechende Bebauungspläne müssten zügig erarbeitet werden. Der Bürgermeister ergänzt, dass mit dem vorhandenen Personal lediglich ein neuer B-Plan pro Quartal aufgestellt werden könne. Wenn eine zügigere Bearbeitung gewährleistet werden soll, muss auch hier personelle Verstärkung erfolgen. Die Verwaltung hat sich diesbezüglich schon Gedanken gemacht.

Da auch jetzt personenbezogene Informationen gegeben werden müssen, wird erneut die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Nachdem die Öffentlichkeit wiederhergestellt wird, trägt Herr Schulz folgenden Änderungsantrag zur Beschlussvorlage vor:

„Der Stadtrat beschließt den Stellenplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) im Bereich der Kernverwaltung um zwei Stellen zu erweitern.

Der Stellenanteil soll 85 Prozent einer Vollzeitstelle betragen und mit der Entgeltgruppe 7 bewertet werden.

Die zweite Stelle ist eine Vollzeitstelle, mit der Entgeltgruppe 9 bewertet und wird mit einem kw-Vermerk versehen.“

Frau Matzat fragt nach, ob es hierzu im Vorfeld schon Abstimmungen mit Herrn Handtke gegeben habe.

Der Bürgermeister antwortet, dass ihm gegenüber immer wieder Kritik über die schleppende Abarbeitung der Anträge geäußert wurde, auch von Stadträten. Deshalb habe die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag erarbeitet.

Herr Riedner möchte wissen, ob mit dieser Stelle zusätzliche Personalkosten verbunden seien. Dies bejaht der Bürgermeister. Frau Müller ergänzt, dass es sich um 50.000 bis 60.000 Euro handeln werde, je nach dem, in welcher Stufe sich der Beschäftigte befindet.

Herr Emanuel unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.
Er bittet darum, dass der Stadtrat künftig über Personalveränderungen informiert wird.

Der Bürgermeister verweist auf die Zuständigkeit des Hauptausschusses und erklärt, dass der Hinweis von Herrn Emanuel künftig beachtet werde.

Über den Änderungsantrag wird wie folgt abgestimmt:

13 Ja 1 Nein 1 Enthaltung

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über den Beschluss in der geänderten Fassung mit folgendem Ergebnis abstimmen:

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Stellenplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) im Bereich der Kernverwaltung um zwei Stellen zu erweitern.

Der Stellenanteil soll 85 Prozent einer Vollzeitstelle betragen und mit der Entgeltgruppe 7 bewertet werden.

Die zweite Stelle ist eine Vollzeitstelle, mit der Entgeltgruppe 9 bewertet und wird mit einem kw-Vermerk versehen.

geändert beschlossen

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

**7. Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung des Landkreises Stendal
2022 bis 2027
Vorlage: III/2023/493**

Frau Müller informiert, dass die Kommunen im Landkreis Stendal aufgefordert sind, zum Entwurf des Bedarfs- und Entwicklungsplanes Stellung zu nehmen. Es ist kein Einvernehmen, sondern lediglich das Benehmen, herzustellen.

Die Stadt Osterburg hat im Dokument den allgemeinen Teil und den Teil die Hansestadt Osterburg (Altmark) geprüft. Alle Angaben sind korrekt und schlüssig dargestellt. Änderungen sind nicht notwendig. Dies wurde dem Landkreis gegenüber fristgerecht zum 21.07.2023 mitgeteilt.

Herr Janas merkt an, dass die prognostizierten Bedarfe höher sind und wir eventuell doch Probleme bekommen könnten.

Frau Müller antwortet mit Bezug auf die vom Landkreis Stendal ausgewiesenen 15 % prognostizierten Bedarfe, dass wir derzeit davon ausgehen, diese Bedarfe nicht zu bekommen. Wir haben die Geburtenentwicklungen im Blick. Es wird auch zukünftig so sein, dass Eltern nicht immer einen Kita-Platz in ihrer Wunscheinrichtung bekommen; insgesamt seien die ausgewiesenen Plätze jedoch ausreichend.

Des Weiteren fragt Herr Janas nach den integrativen Plätzen.

Hierzu erläutert Frau Müller, dass das Thema Inklusion in allen pädagogischen Konzepten ihren Niederschlag gefunden hat. Grundsätzlich ist jede Einrichtung offen für eine integrative Betreuung. Jedoch müssen im Einzelfall ggf. räumliche Rahmenbe-

dingungen geprüft werden. Frau Müller informiert, dass es in den letzten Jahren keine Zuweisungen für Integrativkinder in unsere kommunalen Kindertageseinrichtungen gegeben habe.

8. Informationen des Bürgermeisters

- Am 06.07.2023 hat eine Einwohnerversammlung in Rengerslage stattgefunden.
- Im Dorfgemeinschaftshaus Rossau ist die Verantwortliche auf eigenen Wunsch zurückgetreten. Eine neue DGH-Verantwortliche gibt es noch nicht.
- In der Tagungsmappe ist eine Stellungnahme der Hansestadt Osterburg (Altmark) zum Landesentwicklungsplan zu finden. Mit dem Landesentwicklungsplan wird unter anderem auch festgeschrieben, welchen Status eine Gemeinde hat, z. B. Grundzentrum, Mittelzentrum, Oberzentrum. Osterburg ist derzeit Grundzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums. Die Teilfunktionen sollen künftig abgeschafft werden. Osterburg wird im Ergebnis eines Gutachtes aus dem Jahre 2020 als Mittelzentrum vorgeschlagen. Dies hätte auch finanzielle Vorteile für die Stadt und wäre eine sehr erfreuliche Entwicklung für Osterburg.

9. Anfragen und Anregungen

Herr Moser regt an, einen öffentlichen Trinkbrunnen in Osterburg zu schaffen. Dies hatte er bereits im Bauausschuss angesprochen.

Der Bürgermeister verweist auf den Trinkbrunnen am Rathaus. Die Verwaltung wird sich mit dem Thema nochmals befassen.

Herr Riedner ergänzt, dass auch kostenlos Mineralwasser in der Breiten Straße an die Bürger ausgegeben werden könne.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:04 Uhr.

Torsten Werner
Vorsitzende/r

Anke Müller
Protokollantin